

A N T R A G

der PIRATEN-Landtagsfraktion

betr.: Schutz statt Bevormundung - eine neue Drogenpolitik im Saarland starten

Der Landtag wolle beschließen:

Die auf Prohibition abzielende repressive Drogenpolitik in Deutschland ist gescheitert. Sie verhindert nicht, dass auch weiterhin Drogen konsumiert werden, teilweise mit letalen Folgen. Darüber hinaus führt sie dazu, dass Menschen mit problematischem Drogenkonsum aus Angst vor Strafverfolgung keine Hilfe bei entsprechenden Einrichtungen suchen und sich diesen nicht anvertrauen. Weiterhin wird der Schwarzmarkt und die organisierte Kriminalität gefördert, denn durch die Illegalität des Drogenhandels bilden sich Kartelle und mafiöse Strukturen, um unentdeckt von staatlicher Kontrolle Absatzmärkte zu erschließen, Macht zu konzentrieren und Geldflüsse sowie die illegale Einfuhr von Betäubungsmitteln und die Verteilung auf dem Schwarzmarkt zu organisieren.

Auch aus staatlicher und gesamtgesellschaftlicher Sicht stellt die Drogenprohibition ein großes Problem dar. So wird nicht nur der Einsatz von bestimmten Betäubungsmitteln wie Cannabis zu medizinischen Zwecken, etwa in der Schmerztherapie, extrem erschwert, die bisherige Drogenpolitik erweist sich für den Staat auch als großes Verlustgeschäft. Denn der Staat verzichtet einerseits auf hohe Steuereinnahmen, die bei einem legalen Angebot erzielt werden könnten, wendet auf der anderen Seite aber Milliardenbeträge für die Strafverfolgung von Kleinst- und Beschaffungskriminalität auf, die sinnvoller für Präventionsarbeit oder Gesundheitsfürsorge verwendet werden könnten.

Die Änderung der Drogenpolitik hin zu einer Liberalisierung der Zugänglichkeit bzw. zu einer staatlich kontrollierten Abgabe vorher illegaler Drogen in anderen Ländern wie den Niederlanden, der Schweiz, Spanien, Portugal oder den USA hat gezeigt, dass die hierdurch befürchtete Steigerung des Drogenkonsums ausgeblieben ist.

Auf Grund der staatlichen Normbeobachtungspflicht muss der Gesetzgeber Bestand und Regelungsgehalt bestehender Normen und und damit auch Verbote auf deutliche gesellschaftliche Entwicklungen und neue wissenschaftliche Erkenntnisse hin überprüfen. Daher ist der Staat auch verpflichtet, Alternativen zur bestehenden Drogenpolitik zu evaluieren, um BürgerInnen vor möglichen Schäden zu bewahren, ohne unverhältnismäßig und ohne positive gesellschaftliche Effekte durch Strafnormen in deren Rechte einzugreifen.

Der Landtag des Saarlandes fordert die Landesregierung daher auf,

- im Saarland in enger Absprache mit den kommunalen Spitzenverbänden ein wissenschaftlich begleitetes Modellprojekt zur staatlich kontrollierten Abgabe von Cannabis an Erwachsene zu initiieren,
- zur Vorbereitung dieses Modellprojekts in Zusammenarbeit mit BürgerInnen, Suchthilfeträgern, ExpertenInnen, der saarländischen Polizei und den Kommunen offene Fragen in Bezug auf die praktische Umsetzung zu klären und gegebenenfalls bereits im Vorfeld hierzu gemeinsam Lösungen zu erarbeiten und
- sich im Rahmen einer Bundesratsinitiative für eine Änderung des Betäubungsmittelrecht einzusetzen, sodass unter staatlicher Aufsicht und Kontrolle
 - o die Abgabe von Betäubungsmitteln in hierfür einzurichtenden Stellen ermöglicht wird und
 - o der Anbau, die Herstellung, Erwerb und Besitz von Betäubungsmitteln straffrei möglich sind.

B e g r ü n d u n g :

Erfolgt mündlich.